

ECIJA
GPA

Ecuador

Doing Business

Mai 2025

Anwaltskanzlei | Full-Service | Digitale Wirtschaft | Iberoamerika

VERZEICHNIS

Einleitung	05
<u>1. Unternehmerische Aspekte</u>	08
<u>2. Steuerrecht</u>	12
<u>3. Energie und natürliche Ressourcen</u>	15
<u>4. Investition</u>	20
<u>5. Arbeitsrechtliche Aspekte</u>	23
<u>6. Gerichtswesen (Rechtsstreitigkeiten), Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation</u>	27
<u>7. Wettbewerbsrecht</u>	31
<u>8. Compliance</u>	34
<u>9. Verwaltungsrecht</u>	36
<u>10. Strafrecht</u>	38
<u>11. Migrationsrecht</u>	40
<u>12. Immobilienrecht</u>	42

13. Datenschutzrecht44

14. Urheberrecht und geistiges Eigentum47

ECIJA GPA

ECIJA GPA: Juristische Exzellenz mit globaler Reichweite in Ecuador

Grenzen überschreiten: Seit über 25 Jahren auf dem ecuadorianischen Markt ist ECIJA GPA mit Niederlassungen in Quito, Guayaquil, Manta und Cuenca ein bedeutender Teil des globalen Netzwerks von ECIJA – der spanischen Anwaltskanzlei mit der größten Präsenz in Lateinamerika und über 1.000 Fachleuten weltweit.

Innovation und Spezialisierung: Unser Handeln ist geprägt von einem stetigen Innovationsgeist und einem klaren Bekenntnis zur Spezialisierung in allen Rechtsgebieten. Durch den Einsatz von juristischem Projektmanagement entwickeln wir effiziente, maßgeschneiderte Lösungen, die exakt auf die Bedürfnisse unserer Mandanten abgestimmt sind.

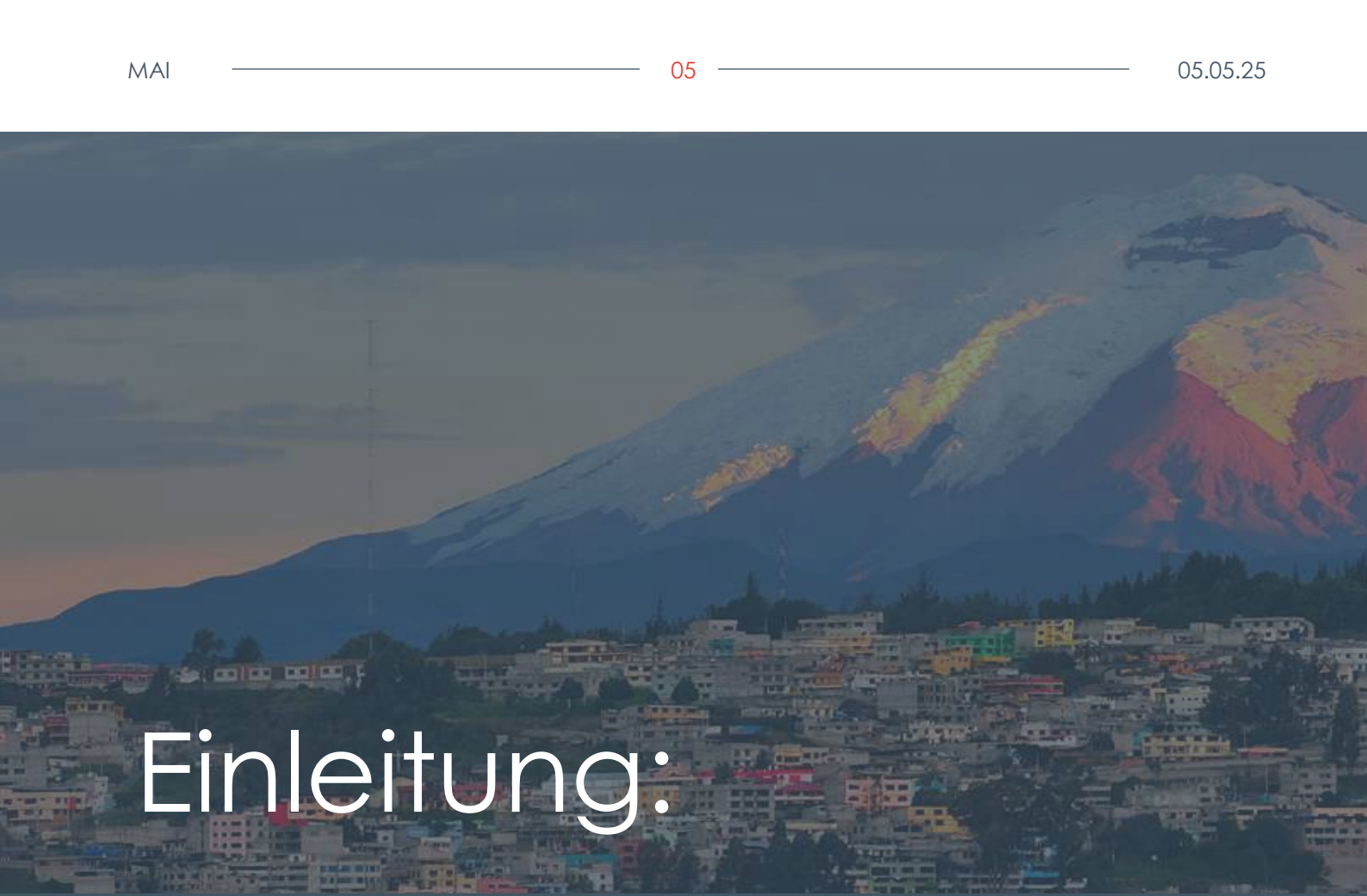
Strategische Allianz – ECIJA & Taylor Wessing: Unser jüngster Zusammenschluss mit Taylor Wessing stärkt unsere internationale Ausrichtung und unsere Kompetenzen, wodurch wir unsere Position auf der globalen juristischen Landkarte weiter festigen.

Anerkennungen, die für sich sprechen: Unsere herausragende Arbeit wird regelmäßig von den renommiertesten internationalen Verzeichnissen anerkannt. ECIJA GPA steht für Exzellenz, Innovation und höchste Standards in der Rechtsberatung.



Geltungsbereich dieses rechtlichen Leitfadens





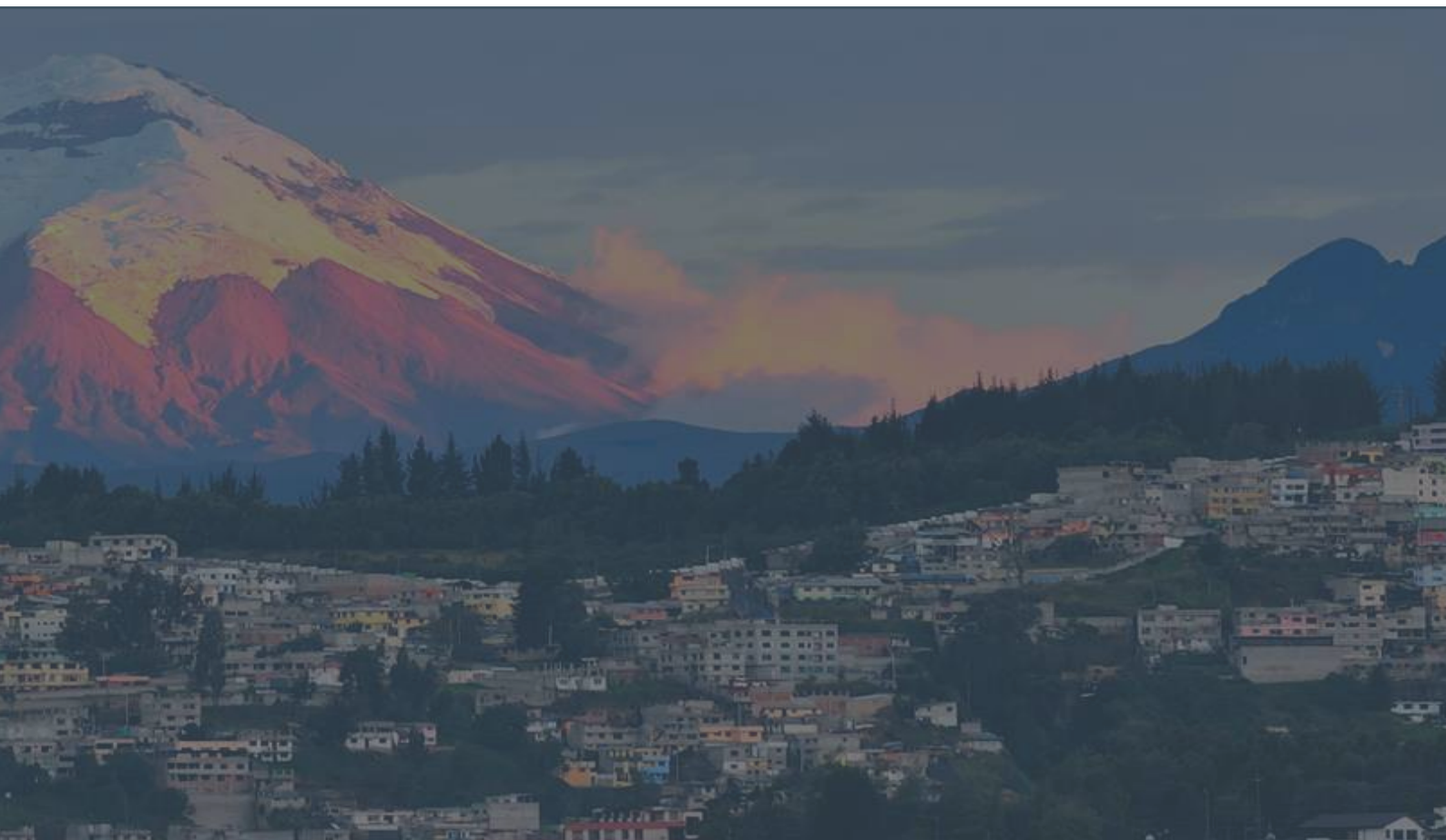
Einleitung:

Im Januar 2000 führte Ecuador den US-Dollar (USD) als offizielle Währung ein – ein Schritt, der zu bemerkenswerter Währungsstabilität führte und das Land zur inflationsärmsten Volkswirtschaft der Region machte. Die Dollarisierung trug zudem zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum bei und erleichterte den Zugang zu internationalen Finanzquellen, was Ecuador als attraktiven Standort für Investitionen positionierte.

Obwohl Erdöl weiterhin das wichtigste Exportgut Ecuadors ist, hat sich das Land als weltweit größter Exporteur von Garnelen und Bananen etabliert. Zudem zählt Ecuador zu den führenden Exportnationen für frische Blumen, Kakao und Dosenfisch. In den

letzten Jahren hat der Bergbausektor an Bedeutung gewonnen und sich zu einem zentralen Wirtschaftszweig entwickelt. Im Jahr 2024 verzeichneten die nicht-ölbasierten Exporte ein bemerkenswertes Wachstum von 21,4 % im Vergleich zu 2023.

Ecuador ist geographisch ideal positioniert, um sich als Finanzhub der Region zu etablieren. Seine Lage auf der Äquatorlinie macht es nicht nur zum geografischen Mittelpunkt der Welt, sondern verleiht ihm auch eine strategische Position auf dem amerikanischen Kontinent. Diese begünstigt den Zugang zu Märkten in Nord- und Südamerika sowie in Asien und fördert den internationalen Handel.



Das Land genießt ein privilegiertes Klima, das sich durch das Fehlen von Frost und extremen Hitzewellen auszeichnet. Diese günstigen klimatischen Bedingungen, kombiniert mit der Vielfalt der geografischen Regionen, haben zur außergewöhnlichen Biodiversität Ecuadors und zum Reichtum an natürlichen Ressourcen beigetragen. Dazu zählen Süßwasser, Erdöl, Mineralien und fruchtbare Böden für die Landwirtschaft. Diese Gegebenheiten bieten bedeutende Chancen in den Bereichen Energie, Bergbau, Agrarindustrie und Umweltschutz.

Ecuador ist ein konstitutioneller

Rechtsstaat, dessen politisches System auf einer präsidentiellen Republik basiert. Die Staatsgewalt ist in fünf Funktionen gegliedert: die Exekutive, die Legislative, die Judikative, die Wahlbehörde sowie die Funktion für Transparenz und soziale Kontrolle.

Das Rechtssystem des Landes folgt dem Zivilrecht und stützt sich auf kodifizierte, verbindliche Gesetze, anstatt auf richterliche Präzedenzfälle. Ecuador ist ein aktives Mitglied mehrerer supranationaler Organisationen, darunter die Vereinten Nationen (UNO), die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die Andengemeinschaft (CAN).

Diese Faktoren haben zur Entwicklung hoch wettbewerbsfähiger Handels- und Investitionsstandards beigetragen und machen Ecuador zu einem außergewöhnlich attraktiven Standort für unternehmerische Tätigkeiten.

Diese Anleitung¹ ist in vierzehn Kapitel unterteilt und behandelt die rechtlichen Aspekte, die für geschäftliche Aktivitäten in Ecuador von besonderem Interesse sind.

¹ This guide should not be considered legal advice from ECIJA GPA.

1 Unternehmerisc he Aspekte

Unternehmerische Aspekte

	S.A.	CIA.LTDA	S.A.S.
Mindestanteilskapital	\$800	\$400	Kein Grundkapital erforderlich
Anzahl der Gesellschafter oder Aktionäre	Eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen	Eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen	Eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen
Gründungsdokument	Öffentliche Urkunde und Eintragung beim Handelsregister oder private Urkunde und Eintragung bei der Oberaufsichtsbehörde für Unternehmen, Wertpapiere und Versicherungen (im Folgenden „SUPERCIA“).	Private Urkunde und Eintragung bei der Oberaufsichtsbehörde SUPERCIA.	Private Urkunde und Eintragung bei der Oberaufsichtsbehörde SUPERCIA.
Auszahlung bei der Gründung	25%	50%	In diesem Fall nach 24 Monaten
Verwaltungsorgan	Vertretung und Verwaltung gemäß den satzungsgemäßen Befugnissen für einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren.	Vertretung und Verwaltung gemäß den satzungsgemäßen Befugnissen für einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren.	Vertretung und Verwaltung gemäß den satzungsgemäßen Befugnissen für einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren.
Versammlung der Aktionäre und Gesellschafter	Mindestens einmal im Jahr, innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Geschäftsjahres des Unternehmens.	Mindestens einmal im Jahr, innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Geschäftsjahres des Unternehmens.	Mindestens einmal im Jahr, innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Geschäftsjahres des Unternehmens.
Beschränkungen der Übertragbarkeit von Aktien und Geschäftsanteilen	Grundsatz der freien Handelbarkeit.	Handelbarkeit an Dritte vorbehaltlich der einstimmigen Zustimmung der Aktionäre.	Entsprechend den Vorgaben der Satzung.
Gesellschaftliche Beiträge	In einem Geld- oder Sachwert (bewertet von Partnern, Aktionären oder qualifizierten Sachverständigen).	In einem Geld- oder Sachwert (bewertet von Partnern, Aktionären oder qualifizierten Sachverständigen).	In einem Geld- oder Sachwert (bewertet von Partnern, Aktionären oder qualifizierten Sachverständigen).

Unternehmerische Aspekte

Die in der ecuadorianischen Gesellschaftsgesetzgebung am häufigsten vorgesehenen Unternehmensformen sind die Aktiengesellschaft (im Folgenden „S.A.“), die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (im Folgenden „CIA. LTDA.“) und die vereinfachte Aktiengesellschaft (im Folgenden „S.A.S.“).

Diese Gesellschaftsformen verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit, die von der ihrer Gesellschafter und Aktionäre getrennt ist. Die Haftung der Gesellschafter und Aktionäre ist auf den Wert ihrer Einlage in das Gesellschaftskapital beschränkt. Hauptunterschiede und gemeinsame Aspekte zwischen der S.A., der CIA. LTDA. und der S.A.S.

Die Gesellschafter und Aktionäre der S.A. und CIA. LTDA. mit Sitz in Ecuador, die den Status einer ausländischen juristischen Person haben, haben zusätzlich zu der Verpflichtung, einen Bevollmächtigten in Ecuador zu benennen, eine Informationspflicht gegenüber der SUPERCIAS; diese ausländischen Unternehmen müssen der Behörde jährlich eine von ihrem Herkunftsland ausgestellte Bescheinigung vorlegen, in der ihre Gültigkeit und Rechtmäßigkeit in diesem Gebiet bestätigt wird. Darüber hinaus müssen sie eine Liste mit den Angaben zu jedem ihrer Partner oder Anteilseigner vorlegen, bis die Endbegünstigten ermittelt sind.

Eröffnung einer Niederlassung eines ausländischen Unternehmens in Ecuador:

Ein ausländisches Unternehmen kann eine Niederlassung in Ecuador eröffnen, sofern seine Satzung diese Möglichkeit vorsieht und die Hauptversammlung (oder ein entsprechendes zuständiges Organ) dies beschließt.

Dafür muss das Unternehmen einen Generalbevollmächtigten in Ecuador ernennen, eine Bescheinigung über seine rechtmäßige Existenz vorlegen und eine beglaubigte Kopie seiner Satzung einreichen.

Das Gesetz sieht zudem die Möglichkeit vor, dass diese Niederlassung in eine ecuadorianische Gesellschaft umgewandelt wird.

Verlegung des Gesellschaftssitzes ausländischer Unternehmen nach Ecuador

Ausländische Unternehmen können ihren Gesellschaftssitz nach Ecuador verlegen und dabei ihre Rechtspersönlichkeit beibehalten.

Zu diesem Zweck muss die Hauptversammlung (oder ein entsprechendes zuständiges Organ) in einem Protokoll folgende Beschlüsse festhalten:

- I. Die Entscheidung, den Gesellschaftssitz nach Ecuador zu verlegen.

- II. Die Wahl einer in der ecuadorianischen Gesetzgebung vorgesehenen Gesellschaftsform sowie die Anpassung der Satzung an die rechtlichen Anforderungen.
- III. Die Ernennung eines gesetzlichen Vertreters in Ecuador.
- IV. Die Entscheidung, die Löschung der Eintragung der Gesellschaft im Herkunftsland bei der zuständigen Behörde zu beantragen.

Diese Unterlagen müssen bei der SUPERCIAS eingereicht werden, um die weiteren gesetzlichen Formalitäten zu erfüllen.

Verlegung des Gesellschaftssitzes ins Ausland

Die Verlegung des Gesellschaftssitzes einer in Ecuador ansässigen Gesellschaft ins Ausland ist möglich, sofern das Zielland die Fortführung der Rechtspersönlichkeit der Gesellschaft anerkennt und erlaubt.

Sobald die Verlegung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des Ziellandes formalisiert wurde, wird die Eintragung der Gesellschaft in Ecuador gelöscht.

2 Steuerrecht

Steuerrecht

Seit 2008 wurde in Ecuador eine neue Steuerregelung eingeführt, die jährlich angepasst wurde, um den Anteil der Steuereinnahmen an der Wirtschaft zu erhöhen und das Steuersystem als Instrument zur Umverteilung öffentlicher Einkünfte zu nutzen.

Die Einkommensteuer für Unternehmen beträgt 25 % auf erzielte Gewinne, unabhängig davon, ob diese ausgeschüttet werden oder nicht.

Dies gilt sowohl für lokale Unternehmen als auch für Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen, einschließlich solcher im Bereich der Erdöl- und Mineraliengewinnung.

Neue Investitionen können von einem reduzierten Einkommensteuersatz von 22 % profitieren (bei Investitionen im Rahmen von Investitionsverträgen kann der Satz auf 20 % gesenkt werden).

Auslandseinkünfte unterliegen ebenfalls der Einkommensteuer, wobei die im Ausland gezahlte Steuer als

Steuerkredit in Ecuador angerechnet werden kann.

Auslandszahlungen sind von der Einkommensteuer abzugsfähig, sofern eine Quellensteuer in Höhe von 25 % auf den Zahlungsbetrag einbehalten wurde².

Beiträge zur Sozialversicherung sowie die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensgewinnen sind ebenfalls steuerlich abzugsfähig.

Ecuador wendet die Entscheidung 578 der Andengemeinschaft (CAN) an, um die Doppelbesteuerung zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Darüber hinaus hat Ecuador Doppelbesteuerungsabkommen (im folgenden CDI) mit Deutschland, Belarus, Belgien, Brasilien, Kanada, Chile, China, Südkorea, Uruguay, Frankreich, Italien, Rumänien, Spanien, Mexiko, der Schweiz, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Japan, Katar und Singapur abgeschlossen.



² Wenn der Empfänger der Zahlungen im Ausland in einem der 87 Länder ansässig ist, die von der Steuerbehörde als Steueroasen eingestuft werden, beträgt die Quellensteuer 37 %.

Allgemeine steuerliche Rahmenbedingungen in Ecuador

Steuer	Steuerpflichtiges Ereignis	Gebühr
Körperschaftsteuer	Sie besteuert das Einkommen in- und ausländischer Unternehmen.	25%
Mehrwertsteuer	Sie besteuert die Übertragung von Gütern, die Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen sowie die Erbringung von Dienstleistungen.	15%
Sonderverbrauchssteuer	Sie besteuert bestimmte inländische und eingeführte Waren und Dienstleistungen (Kraftfahrzeuge, Flugzeuge, Hubschrauber und Boote sowie Zigaretten, alkoholische und alkoholfreie Getränke, Gasherde und Gasheizungen).	5% - 100%
Gemeindesteuer auf das Gesamtvermögen	Sie wird auf Vermögenswerte abzüglich kurzfristiger Verbindlichkeiten und Kontingente erhoben.	0.15%
Kommunale Patentsteuer	Sie wird auf die ständige Ausübung von Handels-, Finanz-, Industrie-, Immobilien- und Berufstätigkeiten erhoben.	Bis zu 25.000\$ pro Jahr
Grundsteuer	Sie wird auf das Grundeigentum erhoben und auf der Grundlage des Wertes der einzelnen Immobilien berechnet.	0.25%-5% ³
Steuer auf Devisenausfuhren (ISD)	Sie besteuert die Überweisung, den Versand oder den Transfer von Fremdwährungen ins Ausland, sei es in bar oder in Form von Schecks, Überweisungen, Abhebungen oder Zahlungen jeglicher Art.	5%

³ Die Anwendbarkeit hängt von der kommunalen Lage der Immobilie und dem Gesamtnettovermögen des Eigentümers ab.

3 Energie und natürliche Ressourcen

Energie und natürliche Ressourcen

Erdöl- und Erdgas:

Das Hidrocarburos-Gesetz (im Folgenden „LH“) legt fest, dass Erdölvorkommen und die damit verbundenen Substanzen Teil des unverkäuflichen und unverjähbaren Vermögens des ecuadorianischen Staates sind. Diese werden vom Staat verwaltet, einschließlich der Ressourcen im festen Land und auf der Meeresplattform.

Das Ministerium für Energie und Bergbau (im Folgenden „MEM“) ist die zuständige Behörde für die Energie-, Erdöl- und Bergbaupolitik in Ecuador.

Der ecuadorianische Staat behält sich das Recht vor, alle mit Erdöl und Erdgas verbundenen Aktivitäten durchzuführen, einschließlich Upstream, Midstream und Downstream.

Die Exploration von Erdölvorkommen wird hauptsächlich von EP Petroecuador, dem staatlichen Erdölunternehmen, durchgeführt. Allerdings erlaubt das Gesetz in Ausnahmefällen, diese Aktivitäten an private Unternehmen, sowohl nationale als auch ausländische, zu delegieren.

Zudem beauftragt das staatliche Unternehmen EP Petroecuador auch spezifische Dienstleistungen und führt öffentliche Ausschreibungsverfahren durch.

Das Hidrocarburos-Gesetz (LH) legt grundlegende Prinzipien für die nationale Erdölpolitik fest, wobei der Fokus auf der Förderung der nationalen Industrie und der nachhaltigen Industrialisierung der Ressourcen liegt.



Das Gesetz erlaubt die private Beteiligung an Aktivitäten wie Transport und Raffination und legt Richtlinien für Beteiligungsverträge in Produktionsfeldern fest, wobei sichergestellt wird, dass der Staat an den Gewinnen mindestens gleich wie die beauftragten Unternehmen beteiligt ist.

Zudem umfasst das Gesetz Regelungen für die Rückgabe von Feldern durch EP Petroecuador an das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM), um diese an private Unternehmen zu delegieren, was die Investitionen im Energiesektor fördert.

Elektrizität:

Das Organische Gesetz über den öffentlichen Dienst der elektrischen Energie (im Folgenden „LOSPEE“) regelt den Elektrizitätsdienst in Ecuador. Die Struktur des Elektrizitätssektors wird durch das LOSPEE festgelegt, das Rollen und Verantwortlichkeiten für verschiedene Institutionen definiert, darunter das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM), die Agentur für Regulierung und Kontrolle der Elektrizität (im Folgenden „ARCONEL“) und den Nationalen Strombetreiber.

Die Verwaltung des Elektrizitätssektors in Ecuador liegt in der Verantwortung des Staates durch öffentliche Unternehmen. Allerdings erlaubt das LOSPEE ausnahmsweise die Übertragung bestimmter Tätigkeiten an private Unternehmen mittels Konzessionsverträgen. Diese Verträge

werden vom Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) und der Agentur für Regulierung und Kontrolle der Elektrizität (ARCONEL) überwacht, um die Einhaltung von Standards und Vorschriften sicherzustellen.

Das Gesetz sieht ein öffentliches Auswahlverfahren für die Vergabe von Konzessionen vor, das sowohl für Projekte des Masterplans für Elektrizität (im Folgenden „PME“) als auch für nicht darin enthaltene Projekte gilt. Darüber hinaus fördert das LOSPEE Investitionen in Energieinfrastruktur mit sauberen Technologien und steht damit im Einklang mit den Verpflichtungen Ecuadors zur Energiewende und zum Klimaschutz.

Die Verordnung des LOSPEE regelt die Verfahren zur Vergabe von Konzessionen und legt Richtlinien für die ländliche Elektrifizierung sowie die öffentliche Beleuchtung fest. Sie enthält Bestimmungen für vorrangige Projekte im Bereich der ländlichen Elektrifizierung, bei denen der Staat die Finanzierung und Überwachung der Arbeiten übernimmt, während die Stromverteiler für deren Durchführung und Wartung verantwortlich sind.

Der Masterplan für Elektrizität (PME) spielt eine zentrale Rolle bei der Identifizierung von Bedürfnissen und Prioritäten. Er ist für den öffentlichen Sektor verpflichtend und wird dem privaten Sektor empfohlen. Darüber hinaus regelt die Verordnung durch Subventionen differenzierte Tarife für isolierte und insulare Energiesysteme.

Im regulatorischen Rahmen ist ein weiterer wichtiger Aspekt das Organische Gesetz zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit im Energiesektor, das die Entwicklung des Energiesektors durch ein regulatorisches Umfeld unterstützt, das Investitionen, Effizienz und Nachhaltigkeit fördert.

Das Gesetz begünstigt die Marktliberalisierung, Anreize für private Investitionen und die institutionelle Stärkung, um einen gerechten Zugang zu Energie zu gewährleisten. Zudem enthält es steuerliche Vorteile und Finanzierungsmechanismen für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz, wobei Transparenz und die Einhaltung von Umweltstandards sichergestellt werden.

Darüber hinaus führt das Gesetz Reformen am Organischen Gesetz zur Energieeffizienz ein, indem es die Nutzung von Biomasse aus festen Abfällen fördert und den Nationalen Investitionsfonds für Energieeffizienz schafft. Dieser Fonds finanziert Projekte durch Programme zum Austausch von Geräten, Kredite sowie einen Beitrag von 1 % auf die Zulassungsgebühr für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor.

Bergbau:

Ecuador hat den Bergbau als einen Schlüsselsektor für seine Wirtschaft priorisiert und strategische Projekte sowie einen regulatorischen Rahmen eingeführt, der diese Aktivitäten fördert und schützt.

Die Verfassung gibt dem Staat die Autorität, den Sektor zu regulieren, wobei der Umweltschutz und das Wohlergehen der lokalen Gemeinschaften durch Vorschriften sichergestellt werden, die von der Exploration bis zum Transport von Mineralien reichen.

Die Gesetzgebung legt Anforderungen für die Erteilung von Lizenzen sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung fest und fördert die Bürgerbeteiligung durch Konsultationsmechanismen und Entschädigungen für betroffene Gemeinschaften. Dadurch wird gewährleistet, dass ihre Rechte respektiert werden und sie von den Bergbauaktivitäten profitieren.

Die Verwaltung des Bergbausektors in Ecuador liegt in der Verantwortung des Staates durch öffentliche Unternehmen. Allerdings erlaubt das Gesetz die Übertragung an den privaten Sektor durch Konzessionen oder Lizenzen für metallischen und nicht-metallischen Bergbau in Projekten unterschiedlicher Größenordnung.

Das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) ist für die Prüfung und Genehmigung von Bergbaurechten zuständig, während die Agentur für Regulierung und Kontrolle des Bergbaus die Einhaltung der Vorschriften überwacht.

Sowohl nationale als auch ausländische Antragsteller müssen an

einem offenen Ausschreibungsverfahren teilnehmen, um Konzessionen von bis zu 5.000 Hektar zu erhalten. Die Explorationsphase kann bis zu 10 Jahre dauern, während die Abbauverträge eine Laufzeit von bis zu 25 Jahren haben können.

Unternehmen tragen Kosten wie Erhaltungslizenzen und verschiedene Steuern, darunter Lizenzgebühren und die Einkommensteuer (IR). Die Umweltregulierung spielt eine zentrale Rolle und erfordert spezifische Genehmigungen.

Die Allgemeine Verordnung zum Bergbaugesetz Ecuadors legt einen detaillierten regulatorischen Rahmen fest, um die Bergbauaktivitäten im Land zu steuern. Ziel ist es, die Nutzung mineralischer Ressourcen mit dem Umweltschutz, der nachhaltigen Entwicklung und den Rechten der lokalen Gemeinschaften in Einklang zu bringen.

Diese Verordnung regelt die Verwaltung, Kontrolle und Überwachung des Bergbausektors und steht im Einklang mit dem Nationalen Entwicklungsplan für den Bergbau, wobei Innovation und gesellschaftliche Teilhabe priorisiert werden.

Das zuständige Ministerium legt die nationale Bergbaupolitik fest, während die Agentur für Regulierung und Kontrolle des Bergbaus alle Phasen der Bergbauaktivitäten überwacht und das Bergbauregister und -kataster verwaltet.

Die Verordnung spezifiziert die verschiedenen Arten von Konzessionen, die Voraussetzungen für deren Erteilung sowie die Pflichten der Konzessionsinhaber. Zudem werden Umweltverträglichkeitsprüfungen und Managementpläne vorgeschrieben, um negative Auswirkungen zu minimieren.

Obwohl einige Prozesse, wie die Konsultation indigener Gemeinschaften und die Öffnung des Bergbaukatasters, noch in der Entwicklung sind, hat sich die Industrie in den letzten Jahren weiterentwickelt.

4 Investment

Investition

Der ecuadorianische regulatorische Rahmen für Investitionen hat sich in Richtung einer stärkeren Liberalisierung entwickelt, indem priorisierte Investitionssektoren abgeschafft und Anreize zur Förderung neuer Investitionen geschaffen wurden.

Zudem wurden Mechanismen wie das delegierte Management eingeführt und die Schaffung von Freihandelszonen gefördert. Im Jahr 2024 stellte die Regierung ein Budget von 104,9 Millionen US-Dollar für steuerliche Anreize im Zusammenhang mit Investitionsverträgen bereit und definierte die Methodik zur Zuteilung dieses Budgets für die entsprechenden Anreize.

Das Konzept der „Neuinvestition“ und die Anwendung von Anreizen:

Das Gesetz „Código Orgánico de Producción, Comercio e Inversiones“ (COPCI) definiert die „Neuinvestition“ im Rahmen der Anwendung von Anreizen als den Zufluss von Ressourcen, die zur Erhöhung des Kapitals der Wirtschaft bestimmt sind. Diese Investition muss durch den tatsächlichen Erwerb von produktiven Vermögenswerten erfolgen, wodurch die zukünftige Produktionskapazität erweitert und ein höheres Produktionsniveau von Gütern und Dienstleistungen erreicht wird.

Darüber hinaus ist es entscheidend, dass die Investition neue Beschäftigungsmöglichkeiten schafft, sei es in neuen Unternehmen oder in bereits bestehenden. Es ist wichtig zu betonen, dass der bloße Eigentumswechsel von Vermögenswerten zwischen verbundenen Parteien nicht als Neuinvestition gilt.

Als Neuinvestition gilt auch jede Investition, die zur Umsetzung öffentlicher Projekte im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft erfolgt.

Investitionsverträge und Anreize:

Der Investitionsvertrag in Ecuador, ähnlich den Investment Protection Agreements (IPAs), ist eine Vereinbarung, die die Bedingungen für eine Neuinvestition festlegt. Dazu gehören der Investitionsbetrag, die Laufzeit sowie steuerliche und nicht-steuerliche Vorteile, die vom Strategieausschuss für Investitionsförderung und -anreize, dem „Comité Estratégico de Promoción y Atracción de Inversiones“ (CEPAI), bestimmt werden. Sein Ziel ist es, Investitionen vor wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Veränderungen zu schützen und so ein sicheres Umfeld für Investoren zu gewährleisten.

Investitionsverträge können während ihrer Laufzeit Stabilität in Bezug auf steuerliche Anreize bieten, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu zählen, dass es sich um eine Neuinvestition handelt, dass das Gesamtvolumen des Projekts mindestens eine Million US-Dollar beträgt und dass mindestens 100.000 US-Dollar entweder im Jahr der Vertragsunterzeichnung oder im darauffolgenden Jahr investiert werden. Darüber hinaus sorgen sie für eine allgemeine Steuerstabilität für mittlere und große Metallbergbaubetriebe⁴. Sie sorgen auch für Rechtsstabilität bei wichtigen sektoralen Vorschriften und für den Zugang zu nationalen und internationalen Schiedsverfahren nach den geltenden Regeln.

Besondere Anreize für vorrangige Tätigkeiten

Investition	Anreiz
Investitionen in den Übergang zu nicht-konventionelle erneuerbare Energieerzeugung, Produktion, Industrialisierung, Transport, Versorgung und Vermarktung von Erdgas oder grünem Wasserstoff in Ecuador.	Befreiung von der Einkommensteuer für 10 Jahre.
Neue Investitionen für den Tourismussektor ⁵	Befreiung von der Einkommensteuer für 7 Jahre.
Aktivitäten im audiovisuellen Bereich	Befreiung von - Zöllen für die Einfuhr notwendiger Waren - von der Devisenausfuhrsteuer für produktionsbedingte Zahlungen ins Ausland - von der Einkommensteuer für Dienstleistungen in diesem Bereich und - Mehrwertsteuer für digitale Dienstleistungen in jeder Phase der Stufe der audiovisuellen Produktion

4 Die allgemeine Steuerstabilität gilt auch für andere Wirtschaftszweige, und zwar ab 100 Mio. USD und mit einem positiven Bericht des Regierungsorgans.
5 Tourismusinvestitionsprojekte müssen mindestens 100.000 USD betragen und mindestens 10 % davon müssen dem ländlichen Tourismus zugutekommen.



5 Arbeitsrechtliche Aspekte

Arbeitsrechtliche Aspekte

Der rechtliche Rahmen des Arbeitsrechts in Ecuador basiert auf der Verfassung, internationalen Verträgen, den Beschlüssen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Arbeitsgesetzbuch (Código del Trabajo).

Das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muss bilateral und direkt sein. Die Arbeitsgesetzgebung verbietet prekäre Beschäftigungsformen wie Vermittlung und Outsourcing in wesentlichen Tätigkeiten. Darüber hinaus sind Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, 15 % der Unternehmensgewinne unter den Arbeitnehmern zu verteilen⁶.

Die Vergütung stellt die wirtschaftliche Gegenleistung dar, die der Arbeitnehmer für die erbrachten Dienstleistungen erhält⁷. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Leistungen, wie die Décima Tercera Remuneración (dreizehntes Gehalt), die es Arbeitnehmern ermöglicht, bis zum 24. Dezember eine Vergütung in Höhe eines Zwölftels des Einkommens zu erhalten, das sie zwischen dem 1. Dezember des Vorjahres und dem 30.

November des laufenden Jahres erzielt haben.

Ebenso gibt es die Décima Cuarta Remuneración (vierzehntes Gehalt) oder Bono Escolar, eine jährliche Prämie in Höhe eines einheitlichen Mindestlohns.

In Ecuador ist die Anmeldung der Arbeitnehmer bei der Sozialversicherung⁸ (Seguridad Social) verpflichtend. Sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer sind dazu verpflichtet, regelmäßige Beiträge zu dieser Institution zu leisten⁹. Darüber hinaus erwirbt der Arbeitnehmer nach mehr als einem Jahr Betriebszugehörigkeit das Recht auf den Reservefonds (Fondo de Reserva)¹⁰.



⁶ Im Erdöl- und Bergbausektor wird die Gewinnbeteiligung 3 % betragen.

⁷ Für 2025 wurde der einheitliche Grundlohn (Unified Basic Wage, UBW) auf 470,00 \$ festgesetzt, was einer Erhöhung um 2 % gegenüber dem Wert von 2024.

⁸ In Ecuador wird die Sozialversicherung vom ecuadorianischen Institut für soziale Sicherheit (IESS) gewährleistet.

⁹ Der Arbeitgeber steuert 11,15 % bei, während der Arbeitnehmer 9,45 % seines Gehalts beisteuert.

¹⁰ Der Reservefonds ist eine Leistung für Arbeitnehmer und Beamte, die länger als ein Jahr gearbeitet haben, in Höhe von 8,33 % ihres monatlichen Gehalts, die von der ecuadorianischen Sozialversicherungsanstalt (IESS) angesammelt und verwaltet wird.

Allgemeiner Rahmen der Arbeitsvertragsarten

Vertragsart	Merkmale
Unbefristeter Vertrag	Verträge, bei denen die Parteien keine bestimmte Dauer vereinbart haben oder diese als unbefristet festgelegt wurde. Dies gilt auch für befristete Verträge, bei denen das Arbeitsverhältnis nach Ablauf der vereinbarten Frist fortgeführt wurde.
Teilzeitvertrag	Verträge, die die Erbringung persönlicher Dienstleistungen in dauerhaften Teilzeitarbeitszeiten regeln, wobei die Vergütung proportional zu der einer Vollzeitstelle ist.
Werk- oder Dienstleistungsvertrag	Verträge, in denen sich der Arbeitnehmer verpflichtet, eine bestimmte Aufgabe gegen ein Gesamtentgelt zu erbringen, ohne die aufgewendete Zeit zu berücksichtigen. Der Vertrag endet mit der Fertigstellung der Arbeit oder Dienstleistung.
Eventueller und gelegentlicher Vertrag	Eventuelle Verträge werden eingesetzt, um vorübergehende Bedürfnisse des Arbeitgebers zu decken, wie beispielsweise Vertretungen während Urlaub, Krankheit oder Mutterschaft oder bei einem vorübergehenden Anstieg der Nachfrage nach Produkten oder Dienstleistungen. Diese Verträge dürfen innerhalb eines Jahres 180 Tage nicht überschreiten. Gelegenheitsverträge werden genutzt, um auf außerordentliche oder dringende Bedürfnisse zu reagieren, die nicht mit der üblichen Tätigkeit des Arbeitgebers in Zusammenhang stehen. Sie dürfen innerhalb eines Jahres nicht länger als 30 Tage dauern.
Werk- oder Dienstleistungsvertrag innerhalb eines bestimmten Geschäftsfeldes	Verträge, die zur Ausführung eines Werkes oder zur Erbringung einer Dienstleistung im Rahmen einer bestimmten Vergabe abgeschlossen werden, insbesondere mit Institutionen oder Unternehmen des öffentlichen Sektors.
Ausnahmevertrag	Diese vertragliche Vereinbarung, die durch Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie geschaffen wurde, hat eine maximale Laufzeit von einem Jahr, die um einen ähnlichen Zeitraum verlängert werden kann. Wird das Arbeitsverhältnis über die Höchstdauer hinaus fortgesetzt, verwandelt sich der Vertrag zu einem unbefristeten Vertrag.
Personal mit Behinderungen	Öffentliche und private Arbeitgeber mit mindestens 25 Beschäftigten müssen mindestens eine Person mit einer Behinderung einstellen. Die Einstellung muss 4 % der Gesamtzahl der Beschäftigten ausmachen.

Gesetzliche Beendigung des Arbeitsfreistellung: individuellen Arbeitsvertrags:

Artikel 169 des Arbeitsgesetzbuches regelt verschiedene rechtliche Formen zur Beendigung eines individuellen Arbeitsvertrags. Dazu gehören die im Vertrag vorgesehenen Gründe, die einvernehmliche Auflösung durch beide Parteien, der Abschluss der vereinbarten Arbeit oder Dienstleistung, der Tod oder die Arbeitsunfähigkeit des Arbeitgebers oder Arbeitnehmers sowie unvorhersehbare Ereignisse oder höhere Gewalt, wie Brände oder Erdbeben.

Ein Arbeitsverhältnis kann auch durch den Willen des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers beendet werden. Zudem kann der Arbeitnehmer durch eine Kündigung mit einer Mindestfrist von 15 Tagen aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden.

Weiterhin kann das Arbeitsverhältnis durch gegenseitige Einigung enden, in der Regel durch die vom Arbeitgeber akzeptierte Kündigung des Arbeitnehmers, oder durch eine fristlose Entlassung, beispielsweise aufgrund der Liquidation oder Schließung des Unternehmens.

Schließlich kann die Beendigung auch erfolgen, wenn der Arbeitsinspektor die Kündigungszustimmung erteilt hat (Visto Bueno)¹¹.

In Ecuador umfassen die Arbeitsfreistellungen mehrere Modalitäten. Der Mutterschaftsurlaub gewährt Arbeitnehmerinnen 12 Wochen bezahlten Urlaub bei der Geburt ihres Kindes, der sich im Falle von Mehrlingsgeburten um 10 zusätzliche Tage verlängert. Dabei werden 75 % des Gehalts von der Sozialversicherung und 25 % vom Arbeitgeber übernommen.

Der Vaterschaftsurlaub bietet Vätern 15 Tage bezahlten Urlaub bei einer normalen Geburt, verlängert sich um 5 Tage bei Mehrlingsgeburten oder einem Kaiserschnitt und kann in besonderen Fällen des Neugeborenen bis zu 25 Tage betragen. Sollte die Mutter während der Geburt oder des Urlaubs versterben, kann der Vater die restliche Mutterschaftslizenz nutzen.

Der Adoptionsurlaub gewährt 30 Tage bezahlten Urlaub ab der rechtlichen Übergabe des Kindes.

Schließlich sieht die Freistellung für die medizinische Behandlung von Kindern mit degenerativen Erkrankungen 25 Tage bezahlten Urlaub vor, um hospitalisierte Kinder oder solche mit fortschreitenden Erkrankungen zu betreuen – dieser Urlaub kann von den Eltern gemeinsam oder abwechselnd in Anspruch genommen werden.

¹¹ Die arbeitsrechtliche Kündigungszustimmung in Ecuador ist ein Verwaltungsverfahren, das die legale Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch einen Beschluss des Arbeitsinspektors ermöglicht, der vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer aus berechtigten Gründen beantragt wird.

6 Gerichtswesen (Rechtsstreitigkeiten), Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation

Gerichtswesen (Rechtsstreitigkeiten), Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation

Seit der Verabschiedung der Zivilprozessordnung, das „Código Orgánico General de Procesos“ (COGEP) im Jahr 2015 hat Ecuador das mündliche Verhandlungssystem eingeführt, um gerichtliche Verfahren zu beschleunigen. Darüber hinaus ist das ecuadorianische Justizsystem digitalisiert, sodass gerichtliche Verfahren online eingesehen und verwaltet werden können. Nach der Pandemie wurde die Möglichkeit, Verfahrenshandlungen – insbesondere Anhörungen – virtuell durchzuführen, offiziell geregelt.

Allgemeine zivilrechtliche Klagen verjähren in der Regel nach 10 Jahren, während Vollstreckungsklagen nach 5 Jahren verjähren, gemäß Artikel 2415 des Zivilgesetzbuches. Handelsklagen, die auf gewöhnlichen und handelbaren Rechnungen basieren, haben eine Verjährungsfrist von 10 Jahren. Die Vollstreckung von Urteilen, Schiedssprüchen, Mediationsprotokollen und anderen vollstreckbaren Titeln, wie Vergleichsvereinbarungen, unterliegt

einem speziellen Verfahren, das im COGEP festgelegt ist.

Die Gerichte erster Instanz und die Provinzgerichte bilden die regulären gerichtlichen Instanzen. Darüber hinaus gibt es das außerordentliche Rechtsmittel der Kassation, das jedoch keine dritte Instanz darstellt, sondern vielmehr ein Instrument zur Überprüfung der Gesetzmäßigkeit durch den ecuadorianischen nationalen Gerichtshof darstellt.

Ein Gerichtsverfahren im ordentlichen Justizsystem, das sowohl die zwei Instanzen als auch das Kassationsverfahren umfasst, kann sich in der Regel über 2 bis 3 Jahre erstrecken.



Allgemeiner Rahmen für Gerichtsverfahren in Ecuador

Art des Verfahrens	Merkmale
Ordentliches Verfahren	Die Klage erfolgt in zwei Anhörungen und dient dazu, die Erfüllung oder Beendigung von Verträgen zu erreichen.
Summarisches Verfahren	Das Verfahren umfasst eine einzige Anhörung und wird für gewerbliche Forderungen (Rechnungen), Mietverträge und arbeitsrechtliche Angelegenheiten verwendet.
Mahnverfahren	Dabei handelt es sich um eine einzige Anhörung, die für gewerbliche Forderungen, die einen bestimmten Betrag nicht überschreiten, vorgesehen ist.
Exekutivverfahren	Hierbei handelt es sich um eine einzige mündliche Verhandlung, die für Fragen im Zusammenhang mit Forderungen, die mit Wertpapieren verbunden sind (Schuldscheine, Darlehensverträge usw.), genutzt wird.

Schiedsgerichtsbarkeit:

Seit 1963 hat Ecuador offiziell alternative Streitschlichtungsmethoden wie die Schiedsgerichtsbarkeit eingeführt. Die Verfassung von 2008 bestätigte den verfassungsrechtlichen Status der Schiedsgerichtsbarkeit, und im Jahr 2021 wurde die Verordnung zum Schieds- und Mediationsgesetz erlassen.

Ecuador ist Unterzeichner wichtiger internationaler Übereinkommen, darunter:

- das New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche,
- das Interamerikanische Übereinkommen von Panama (1975),
- das Übereinkommen von Montevideo (1979).

Im Jahr 2021 hat Ecuador zudem erneut das Übereinkommen zur Beilegung von Investitionstreitigkeiten ratifiziert.

Zur Förderung ausländischer Investitionen ermöglicht Ecuador es Investoren, Investitionsverträge mit dem Staat abzuschließen, wobei die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als Streitbeilegungsmechanismus anerkannt wird.

Die ecuadorianische Gesetzgebung zeigt eine tendenziell positive Haltung gegenüber der Schiedsgerichtsbarkeit, was sich in Verbesserungen des Schieds- und Mediationsgesetzes sowie seiner Verordnung widerspiegelt. Dieses Gesetz regelt sowohl die nationale als auch die internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

Allerdings verbietet die Verfassung die Abtretung der souveränen Gerichtsbarkeit an internationale Schiedsgerichte in vertrags- oder handelsrechtlichen Streitigkeiten, es sei denn, es handelt sich um Verträge im Rahmen lateinamerikanischer Streitbeilegungsmechanismen.

In internationalen Verträgen im Zusammenhang mit strategischen Sektoren wie Erdöl, Bergbau und Gas hat Ecuador jedoch Schiedsklauseln aufgenommen, die sich auf international anerkannte Regelwerke stützen, darunter die der ICC (International Chamber of Commerce), ICDR (International Centre for Dispute Resolution) und UNCITRAL (United Nations Commission on International Trade Law).

Auf internationaler Ebene hat sich Ecuador durch eine hohe Anzahl erfolgreicher Einigungen und eine niedrige Rate an Vertragsverletzungen hervorgetan. Zudem hat das Land die UN-Konvention über internationale Vergleichsvereinbarungen aus der Mediation ratifiziert, wodurch eine internationale Durchsetzungsregelung für solche Vereinbarungen geschaffen wurde.

Mediation:

Die Mediation wurde in Ecuador mit dem Schieds- und Mediationsgesetz von 1997 formalisiert, das die Einrichtung von Mediationszentren und die Ausbildung qualifizierter Mediatoren ermöglichte. Seitdem wird sie vom Staat aktiv gefördert, insbesondere zur Lösung zivil-, handels- und familienrechtlicher Konflikte.

Im Jahr 2021 wurde die Verordnung zum Schieds- und Mediationsgesetz erlassen, um die Nutzung der Mediation im öffentlichen Sektor weiter auszubauen. Die Mediation hat sich als wirksames Mittel erwiesen, um die Belastung der Gerichte zu verringern und eine Kultur des Dialogs und des sozialen Friedens zu fördern.

7 Wettbewerbsrecht

Wettbewerbsrecht

Gesetz zur Marktregulierung und -kontrolle in Ecuador (LPM):

Seit Oktober 2011 verfügt Ecuador über das Organische Gesetz zur Regulierung und Kontrolle der Marktmacht „Ley Orgánica de Regulación y Control del Poder de Mercado „(im Folgenden „LPM“), das Verhaltensweisen definiert und sanktioniert, die den Wettbewerb verhindern, einschränken oder verfälschen können.

Dieses Gesetz regelt insbesondere Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, Kartellabsprachen (oder abgestimmte Praktiken zwischen Wirtschaftsakteuren), wirtschaftliche Konzentrationen (Fusionen, Übernahmen usw.) und unlautere Geschäftspraktiken.

Die von diesem Gesetz betroffenen Wirtschaftsakteure können sowohl natürliche als auch juristische Personen sein, unabhängig davon, ob sie privat oder öffentlich, national oder international, gewinnorientiert oder gemeinnützig sind. Dazu gehören auch Vereinigungen mehrerer Marktteilnehmer.

Die LPM gilt auch für Personen oder Unternehmen mit Sitz im Ausland,

sofern ihre Handlungen den ecuadorianischen Markt beeinflussen.

Die LPM legt fest, dass die „Superintendencia de Competencia Económica“ (SCE) (Wettbewerbsaufsichtsbehörde) die von den Erwerbern gemeldeten Fusionsvorhaben prüft. Dabei bewertet sie, ob diese eine marktbeherrschende Stellung schaffen oder verstärken oder den freien Wettbewerb erheblich beeinträchtigen.

Die nachgelagerte Gesetzgebung präzisiert das Meldeverfahren und sieht ein vereinfachtes Verfahren für Fusionen ohne wettbewerbsrechtliche Auswirkungen vor.

Das Verfahren gliedert sich in zwei Phasen. Phase 1 dauert bis zu 25 Werktagen und dient der ersten Prüfung. Falls eine tiefergehende Analyse erforderlich ist, folgt Phase 2, die bis zu 60 Werktagen in Anspruch nehmen kann. Diese Frist kann um 25 zusätzliche Tage verlängert und für weitere 45 Tage ausgesetzt werden.

Am Ende jeder Phase kann die SCE die geplante Fusion oder Übernahme entweder genehmigen, unter Auflagen zulassen oder untersagen.

Allgemeiner Rahmen für das von der ecuadorianischen Wettbewerbsbehörde regulierte und gesteuerte Verfahren

Verhalten	Merkmale
Missbrauch von Marktdominanz	Unter Marktdominanz versteht man die beherrschende Stellung eines Betreibers auf dem Markt. Obwohl diese an sich nicht illegal ist, ist die Erlangung oder Verstärkung von Marktdominanz durch wettbewerbsverzerrende Praktiken sowie der Missbrauch der Dominanz durch Handlungen, die den Wettbewerb beeinträchtigen der Kontrolle und möglichen Sanktionen nach dem Gesetz unterliegen.
Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen oder Tätigkeiten	Vereinbarungen oder Entscheidungen zwischen zwei oder mehr Wirtschaftsakteuren, die den Wettbewerb verzerren oder die wirtschaftliche Effizienz und das Wohl des Marktes beeinträchtigen, sind verboten. Dies umfasst die Festsetzung und Manipulation von Preisen, die Aufteilung von Kunden und geografischen Gebieten sowie die Koordinierung von Geboten bei Ausschreibungen. Diese Verbote gelten jedoch nicht, wenn die Bedingungen für eine in der Gesetzgebung vorgesehene Ausnahme erfüllt sind.
Wirtschaftsfusionen	Die Übernahme eines oder mehrerer Wirtschaftsakteure kann durch Fusionen, Übertragungen von Vermögenswerten, den Erwerb von Aktien, die Kontrolle verleihen, gemeinsame Verwaltung oder jede Vereinbarung, die Vermögenswerte oder wesentliche Kontrolle überträgt, erfolgen. Diese Transaktionen müssen der Wettbewerbsbehörde im Voraus gemeldet werden, wenn sie bestimmte Mindestbeträge überschreiten oder zu einem Marktanteil von 30 % oder mehr auf nationaler Ebene oder in einem definierten geografischen Markt führen.

8 Compliance

Compliance

Compliance sind Maßnahmen, die Organisationen ermöglicht, sich selbst zu regulieren und gesetzliche sowie interne Vorschriften einzuhalten. Dadurch werden rechtliche, reputationsbezogene, wirtschaftliche und administrative Risiken verringert.

Das wichtigste Instrument des Compliance-Managements sind Compliance-Programme. Diese umfassen die Analyse von Prozessen, die Identifizierung von Risiken, Risikomatrizen, Lückenanalysen, die Definition von Kontrollen sowie die Implementierung und das Risikomanagement.

Die Einführung der strafrechtlichen Verantwortung juristischer Personen in das Strafgesetzbuch „Código Orgánico Integral Penal“ (COIP) im Jahr 2021 hat die Umsetzung von Compliance-Programmen in Ecuador vorangetrieben.

Darüber hinaus haben Vorschriften wie „Gute Unternehmensführung“, „Ethisches Verhalten im öffentlichen Sektor“, der „Leitfaden für Compliance im Wettbewerbsrecht“ sowie Reformen zur Finanzkontrolle ihren Anwendungsbereich erweitert.

Die Schaffung der ISO 37301:2021 und ihre Einführung in Ecuador verstärken

die Notwendigkeit dieser Instrumente, insbesondere im Hinblick auf die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortung juristischer Personen und ihrer Vertreter.

Vorbeugung von Geldwäsche:

Geldwäschekontrollen sollen verhindern, dass die Aktivitäten eines Unternehmens dazu genutzt werden, kriminelle Vermögenswerte zu erwerben, umzuwandeln oder Vermögen kriminellen Ursprungs zu übertragen oder dessen illegalen Ursprung zu verbergen. Das Organgesetz zur Verhinderung, Aufdeckung und Beseitigung der Geldwäsche und der Finanzierung von Straftaten sieht vor, dass Finanzinstitute, Versicherungsgesellschaften, Schmuckhändler, Immobilienmakler und andere Sektoren verdächtige Transaktionen an die Abteilung für Finanz- und Wirtschaftsanalyse (UAFE) melden müssen. Beaufsichtigte Unternehmen müssen einen Compliance-Beauftragten ernennen und über ein von der Aktionärsversammlung genehmigtes Präventionshandbuch verfügen, das Strategien und Verfahren für das Risikomanagement und die Sorgfaltspflicht enthält.

9 Verwaltungsrecht

Verwaltungsrecht

Die öffentliche Auftragsvergabe in Ecuador ist von zentraler Bedeutung für die Wirtschaft und macht etwa 12 % des BIP aus.

Größere Verträge, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Rohstoffgewinnung, werden mit der zentralen Verwaltung, staatlichen Unternehmen oder dezentralen Regierungen abgeschlossen.

Auftragnehmer müssen spezifische Anforderungen und Verfahren einhalten, die Transparenz und die Erfüllung von Verpflichtungen gewährleisten. Diese werden durch das Verwaltungsgesetz „Código Orgánico Administrativo“ geregelt, das klare Vorschriften für das Handeln der Institutionen sowie die Rechte der Auftragnehmer festlegt und die Klärung von Streitigkeiten auf administrativem Wege ermöglicht.

Rechtssicherheit ist ein grundlegendes Prinzip, das einen klaren Rechtsrahmen bietet, die Rechte ausländischer Investoren schützt und Verfahren für die Vergabe von Verträgen definiert. Dadurch werden Unsicherheiten und Willkür reduziert.

In Ausnahmefällen erlaubt die allgemeine Verfahrensordnung, das Código Orgánico General de

Procesos (COGEP), dass Streitigkeiten von spezialisierten Richtern überprüft werden, um eine unparteiische Lösung des Konflikts zu gewährleisten.



10 Strafrecht

Strafrecht

Das allgemeine Strafgesetzbuch „Código Orgánico Integral Penal“ (COIP) ist seit August 2014 in Kraft und vereint in einem einzigen Gesetzeswerk das materielle Strafrecht, das Verfahrensrecht und die Vollstreckung von Strafen.

Es besteht aus vier Büchern, die sich mit Grundsatznormen, strafrechtlichen Vergehen, Verfahren und Strafvollzug befassen.

Dieses Gesetz hat das Strafrecht in Ecuador modernisiert und neue Straftatbestände eingeführt, darunter die strafrechtliche Verantwortung juristischer Personen, ungerechtfertigte private Bereicherung, Angriffe auf die Umwelt, Wirtschaftsdelikte, Terrorismus, Femizid, Tiermisshandlung, fahrlässige Tötung durch berufliches Fehlverhalten und Verkehrsdelikte.

Im Bereich des Verfahrensrechts legt das COIP klare Verfahren für die Strafverfolgung fest, fördert die soziale Rehabilitation und die umfassende Wiedergutmachung der Opfer. Zudem ermöglicht es eine sofortige mündliche Urteilsverkündung bei auf frischer Tat ertapten Straftaten.

Das Gesetz führt außerdem gemeinnützige Arbeit für geringfügige Delikte ein und sieht Sanktionen für Justizbedienstete vor, die das Gerichtsverfahren behindern.

Dieser rechtliche Rahmen zielt darauf ab, eine effizientere, transparentere und gerechtere Justiz zu gewährleisten, die Opferrechte schützt und Verantwortung sowie Ethik im Justizsystem stärkt.



11 Migrationsrecht

Migrationsrecht

Um in Ecuador legal zu wohnen, müssen ausländische Staatsangehörige im Rahmen eines Migrationsverfahrens ein Visum beantragen, sei es für einen vorübergehenden oder dauerhaften Aufenthalt.

Das Migrationsgesetz „Ley Orgánica de Movilidad Humana“ schreibt vor, dass jedes Visum von einem Beamten des ecuadorianischen Auswärtigen Dienstes ausgestellt werden muss.

Die Daueraufenthaltsgenehmigung ermöglicht einen unbefristeten Aufenthalt, sofern bestimmte gesetzliche Voraussetzungen erfüllt sind. Die befristete Aufenthaltsgenehmigung erlaubt einen bis zu zwei Jahre gültigen Aufenthalt, ist erneuerbar und erfordert keinen kontinuierlichen Aufenthalt. Sie kann durch die Erteilung von Arbeits-, Investitions-, Handels- oder Studienvisa erlangt werden.

Um ein befristetes Aufenthaltsvisum zu erhalten, müssen eine Reihe von Anforderungen und Dokumenten vorgelegt werden, darunter ein Führungszeugnis oder Strafregisterauszug, der ordnungsgemäß apostilliert und gegebenenfalls übersetzt sein muss. Zudem ist es verpflichtend, eine Identitätskarte für temporäre oder

permanente Einwohner zu beantragen.

Nach drei Jahren ununterbrochenem Daueraufenthalt kann die Einbürgerung beantragt werden, um die ecuadorianische Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Eine Einbürgerung ist auch möglich, wenn familiäre oder verwandtschaftliche Beziehungen zu einem ecuadorianischen Staatsbürger bestehen und die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.



12 Immobilienrecht

Immobilienrecht

Das Immobilienrecht in Ecuador hat sich in den letzten Jahren aufgrund der zunehmenden Anzahl von Immobilientransaktionen erheblich weiterentwickelt.

Um die Rechtssicherheit für Käufer, Verkäufer und andere Beteiligte zu gewährleisten, ist es entscheidend, diese Geschäfte vertraglich abzusichern und die ordnungsgemäße Registrierung bei den Grundbuch- und Gemeindebehörden sicherzustellen.

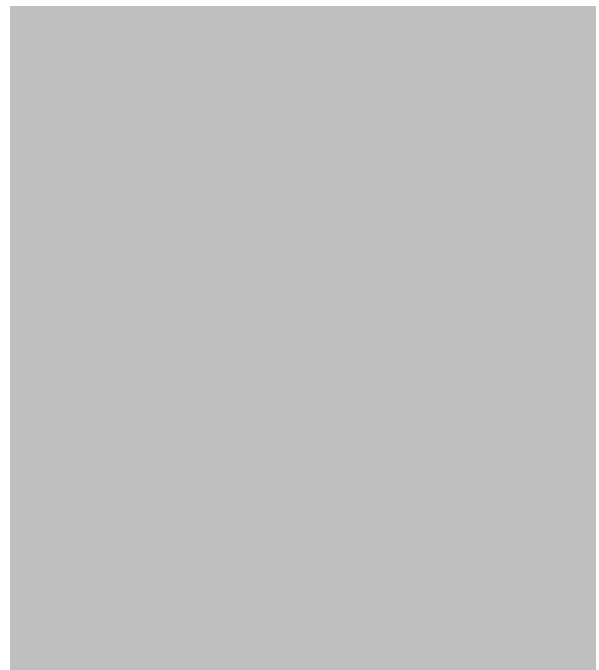
Zu den häufigsten Verfahren zur Eigentumsübertragung von Immobilien gehören: Kaufversprechen, endgültige Kaufverträge, Immobilien-Treuhandverträge, Testamente, Erbschaftszuteilungen, Schenkungen und Abtretungen von Rechten.

Für jede Eigentumsübertragung – mit Ausnahme besonderer Fälle – müssen die kommunalen und provinziellen Steuern entrichtet werden. Dazu gehören die Verkaufssteuer, die Wertzuwachssteuer (Plusvalía) und Beiträge für infrastrukturelle Verbesserungen.

Bei Schenkungen, Vermächtnissen oder Erbschaften muss die entsprechende Erbschafts- und Schenkungssteuer erklärt und gezahlt werden, wenn die Transaktion den Betrag von 76.558 USD überschreitet.

Zudem ist es wichtig, das Kataster des Grundstücks auf dem neuesten Stand zu halten, insbesondere bei Bauten oder baulichen Veränderungen.

Seit 2024 können Bauunternehmer und Immobilienentwickler ihre Projekte beim Ministerium für Stadtentwicklung und Wohnungsbau (MIDUVI) registrieren, um eine Rückerstattung der Mehrwertsteuer (IVA) auf Baumaterialien zu erhalten. Diese Regelung basiert auf dem Gesetz über wirtschaftliche Effizienz und die Schaffung von Arbeitsplätzen "Ley Orgánica de Eficiencia Económica y Generación de Empleo" und deren Verordnung.



13 Datenschutzrecht

Datenschutzrecht

Am 26. Mai 2021 trat in Ecuador das Datenschutzgesetz "Ley Orgánica de Protección de Datos Personales" in Kraft. Ziel dieses Gesetzes ist es, das Recht auf Datenschutz zu gewährleisten, einschließlich des Zugangs zu personenbezogenen Daten und der Entscheidung über deren Verwendung.

Das Gesetz legt Grundsätze, Rechte, Pflichten und Schutzmechanismen für die Verarbeitung personenbezogener Daten fest.

Verstöße werden in leichte und schwere Kategorien unterteilt, mit Geldstrafen von 0,1 % bis 1 % des jährlichen Geschäftsvolumens. Zudem werden sanktionierte Verantwortliche und Auftragsverarbeiter in das Nationale Register eingetragen.

Ecuador hat die Grundsätze zum Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) übernommen und sich an internationale Standards sowie an die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union angeglichen – allerdings mit landspezifischen Besonderheiten.

Das Gesetz hat eine extritoriale Geltung und ist unter anderem in

folgenden Fällen verbindlich: Verarbeitung personenbezogener Daten auf ecuadorianischem Staatsgebiet, Verarbeitung durch Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter mit Sitz in Ecuador, Verarbeitung von Daten von in Ecuador ansässigen Personen durch Unternehmen mit Sitz im Ausland, wenn Waren oder Dienstleistungen in Ecuador angeboten werden, das Verhalten der betroffenen Personen in Ecuador überwacht wird und die ecuadorianische Gesetzgebung aufgrund von Verträgen oder internationalen Vorschriften Anwendung findet.

Die Verordnung zum Gesetz, die am 13. November 2023 erlassen wurde, ergänzt die gesetzlichen Verpflichtungen. Sie regelt unter anderem Datenschutz-Folgenabschätzungen, Meldung von Sicherheitsvorfällen und Aufbewahrungsfristen für personenbezogene Daten.

Zudem führt sie die Pflicht zur Bestellung eines besonderen Bevollmächtigten für Unternehmen ohne Sitz in Ecuador sowie das Register der Datenverarbeitungs-aktivitäten für Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten ein.

Im März 2024 wurde der Superintendent für Datenschutz ernannt, der seither Verordnungen zur institutionellen Struktur und zum Register der besonderen Bevollmächtigten erlassen hat. Darüber hinaus sind bestimmte Organisationen verpflichtet, einen Datenschutzbeauftragten (Delegado de Protección de Datos Personales) zu benennen, der für die Überwachung und Einhaltung des Gesetzes verantwortlich ist und zivil-, verwaltungs- und strafrechtliche Konsequenzen tragen kann.

14 Urheberrecht und geistiges Eigentum

Urheberrecht und geistiges Eigentum

In Ecuador sind die Rechte des geistigen Eigentums durch die Entscheidung Nr. 486 der Andengemeinschaft (CAN) geregelt. Dieses Rechtsinstrument, das seit Januar 2001 in Kraft ist, vereinheitlicht den rechtlichen Rahmen für geistiges Eigentum in den Mitgliedsländern der Andengemeinschaft (Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru).

Die Entscheidung Nr. 486 legt gemeinsame Standards für den Schutz von Patenten, Urheberrechten, Marken und gewerblichen Designs fest. Dieses rechtliche Rahmenwerk dient nicht nur dem Schutz und der Verwaltung geistiger Eigentumsrechte, sondern fördert auch Innovation, Kreativität und wirtschaftliche Entwicklung in der Region.

Darüber hinaus wird das geistige Eigentum in Ecuador durch das Gesetz für die Wissens- und Innovations-Sozialwirtschaft "Código Orgánico de la Economía Social de los Conocimientos y la Innovación" (COESCI) geregelt, das seit 2016 in Kraft ist.

Dieses Gesetz erkennt und schützt Rechte an wissenschaftlichen und technologischen Erfindungen, Innovationen und traditionellem

Wissen an. Es legt Verfahren zur Registrierung und zum Schutz dieser Rechte fest und fördert Innovation und technologische Entwicklung als Anreize für die Schaffung und Verbreitung von Wissen.

Zusätzlich regelt das COESCI den Zugang zu Informationen und den Technologietransfer, um ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums, der Förderung von Innovation und nachhaltiger Entwicklung herzustellen.

Durch das Dekret Nr.356 vom 3. April 2018 wurde das Ecuadorianische Institut für Geistiges Eigentum in den Nationalen Dienst für Geistige Eigentumsrechte (SENADI) umgewandelt. SENADI ist die zuständige Verwaltungsbehörde für geistiges Eigentum in Ecuador.

Die Hauptaufgaben von SENADI sind Marken-, Patent- und Urheberrechtsregistrierung, einschließlich verwandter Schutzrechte, Einsprüche gegen Anträge auf Registrierung, Änderungen und Verlängerungen von Eintragungen, Verwaltungsrechtlicher Rechtsschutz und Berufungsverfahren vor dem Kollegialorgan für geistige Eigentumsrechte.

Für die Durchführung dieser Verfahren müssen die entsprechenden Verwaltungsgebühren entrichtet, die virtuellen Postfächer von SENADI aktiv gehalten und alle Verfahren elektronisch abgewickelt werden. Ecuador ist Mitglied der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und hat international mehrere Auszeichnungen für Innovation und die Stärkung des Schutzsystems für geistige Eigentumsrechte erhalten.

Durch internationale Verträge wie die Pariser Konvention, den Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens und die Berner Übereinkunft fördert Ecuador den internationalen Schutz von Rechten und zeigt damit sein Engagement für globale Standards.

Dieser Leitfaden soll einen Überblick über bestimmte Rechtsfragen in Ecuador geben. Er ist nicht abschließend und bei Bedarf können wir weitere Informationen zur Verfügung stellen.



Ecuador:

Quito

Av. 12 de octubre, N26-97 y Lincoln
Edificio Torre 1492, 170516,
Piso 10, oficina 1005
Telf.: +(593-2) 2986528/29/30/31
Info.ecuador@ecija.com

Guayaquil

Av. Numa Pompilio Llona s/n
Puerto Santa Ana
Edificio The Point, Piso 8, oficina 806
Telf.: +59343883007
Info.ecuador@ecija.com

Cuenca

Av. Roberto Crespo y Alfonso Uriguen
Telf.: +(593-7) 2817664
Info.ecuador@ecija.com

Manta

Calle M3 y Avenida 24
Edificio Fortaleza, piso 8
Telf.: +(593-5) 5003008
Info.ecuador@ecija.com